

Michael Wolf
Fachhochschule Koblenz
November 2009

»Studium Bolognese« Rede wider die falsche und unverantwortliche Hochschulreform^{*)}

Liebe Studierende,

ich bin vom AStA der Fachhochschule Koblenz gebeten worden, aus Anlaß des bundesweiten Bildungsstreiks einige kritische Worte zum Thema ›Hochschulreform‹ an Sie zu richten. Dieser Bitte komme ich gerne nach, und dies aus wenigstens drei Gründen:

- *erstens*, weil ich Ihren Streik nicht nur für wichtig, sondern auch für richtig halte;
- *zweitens*, weil ich Ihnen Mut zu Ihrer verständlichen Wut machen will und Sie in Ihren berechtigten Anliegen unterstützen möchte und
- *drittens*, weil ich die Hoffnung hege, daß sich aufgrund Ihrer Aktionen noch mehr von Ihnen an dem Bildungsstreik beteiligen, aber auch und vor allem aus dem Kreis meiner professoralen Kolleginnen und Kollegen, die anscheinend noch immer nicht begriffen zu haben scheinen, worum es bei der ›Bologna-Prozeß‹ genannten Hochschulreform geht und daß hiergegen Widerstand auf der Tagesordnung steht.

Da die Bitte, vor Ihnen zu reden, sehr kurzfristig an mich herangetragen worden ist, kann ich selbstverständlich nicht mit einer ausgefeilten Rede aufwarten. Das heißt, ich muß

^{*)} Freie Rede, gehalten am 25.11.2009 anläßlich des Bildungsstreiks 2009 auf Einladung des AStA der Fachhochschule Koblenz. Der Text folgt den handschriftlichen Notizen.

und werde mich weitgehend aufs Improvisieren beschränken und kann nur einige wenige Facetten beleuchten. Ich möchte Sie allerdings in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß der AStA am übernächsten Mittwoch, das heißt am 9.12. um 17.30 Uhr eine Informationsveranstaltung zur BA/MA-Problematik durchführen wird, zu der ich als Referent eingeladen bin und Weiteres vortragen werde.

Bevor ich zum eigentlichen Teil meiner Rede komme, möchte ich Ihnen ein paar Zahlen nennen, die für eine erste Einschätzung des Bildungsstreiks nicht unerheblich sein dürften: Im Sommer diesen Jahres waren rund 270.000 Schüler und Studierende auf der Straße, um gegen die unerträglichen Lehr- und Lernbedingungen und für ihr Bürger- und Menschenrecht auf Bildung zu demonstrieren. Gegenwärtig sind es bundesweit etwa 85.000 und europaweit etwa 150.000 Studierende, die streiken. Und Sie haben mit Ihren Streiks durchaus etwas bewirkt. Denn die Phalanx der Apologeten des ›Bologna-Prozesses‹ bröckelt und die Gruppe der Kritiker scheint offensichtlich zuzunehmen. Und weil dies so ist, darf der von Ihnen aufgebaute Druck nicht nachlassen, und zwar aus sowohl inhaltlichen als auch aus akteursbezogenen Gründen.

Was die inhaltlichen Gründe anbelangt, so hat man sich zu vergegenwärtigen, daß der ›Bologna-Prozeß‹ ebenso einen Verrat an der Idee der Universität darstellt wie auch eine staatlich organisierte Mißachtung des Bürger- und Menschenrechts auf Bildung. Diese Hochschulreform ist zudem ein Vergehen, um nicht zu sagen ein Verbrechen, an der Jugend, den Schülern und Studierenden, denn wer – wenn nicht Sie – ist die Zukunft unserer Gesellschaft.

Noch gibt es viele, viel zu viele Befürworter des ›Bologna-Prozesses‹ – in der Politik, in den Ministerialbürokratien, bei den Kopf- und Handlangern in den Hochschulen und den unzähligen mit- und hinterherlaufenden Lemmingen unter meinen Kolleginnen und Kollegen, die in der Mehrheit in den zuständigen Hochschulgremien der Abschaffung der Diplomstudiengänge zugestimmt haben.

Von den Befürwortern und Erduldern des ›Bologna-Prozesses‹ gibt es zwei Aussagen, die uns immer wieder gebetsmühlenhaft vorgetragen werden, die aber gleichwohl nicht stimmen: *Erstens* heißt es, wir hätten keine andere Wahl, müßten die Bologna-Erklärung umsetzen. *Zweitens* will man uns glauben machen, man könne jetzt, nachdem die Reform in Angriff genommen und umgesetzt worden sei, ohnehin nichts mehr tun. Das Rad sei nicht mehr zurückzudrehen. Diese Aussagen zeugen zum einen von purer Unkenntnis der Rechtslage und stellen zum anderen eine subjekttheoretische Bankrotterklärung sondergleichen dar.

Was den *ersten* Punkt anbelangt, so ist insbesondere das folgende demokratietheoretisch bedeutsam: Festzuhalten ist, daß die Bologna-Erklärung, *erstens*, keine Vereinbarung über die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen enthält. Zudem läßt sie, *zweitens*, den beteiligten Ländern, 1999 26 und heute 46 an der Zahl, einen großen Gestaltungsspielraum, der allerdings in der Bundesrepublik Deutschland in unerträglicher Weise

dazu genutzt wurde, die Idee der Universität zu verraten. Obwohl die Vereinbarung bloß auf Ministerebene getroffen worden ist, wird deren Umsetzung von Politik und Verwaltung als Vollzug einer höheren rechtlichen Norm dargestellt. Dies ist jedoch definitiv falsch, denn die Europäische Union besitzt keine Gesetzgebungskompetenz für Bildung, weswegen es folglich auch keine entsprechenden EU-Gesetze gibt. Auch ist die Bologna-Erklärung kein völkerrechtlich bindender Vertrag, an den die beteiligten Länder sich zu halten hätten. Diese Politik der Umsetzung informeller Beschlüsse ohne bindenden Charakter wird von *Hauke Brunkhorst* trefflich als »sanfter Bonapartismus« geißelt.

Was den *zweiten* Punkt betrifft, also die Aussage, man könne jetzt ohnehin nichts mehr tun, so ist hieran subjekttheoretisch bemerkenswert, welches Bild von der Handlungs- und Selbstwirksamkeit der handelnden Akteure entworfen wird. Nicht beachtet wird, daß das, was von Menschenhand einmal geschaffen worden ist, auch von Menschenhand wieder abgeschafft werden kann – selbstredend nur, sofern der Wille hierzu besteht. Daraus können wir schlußfolgern, daß diejenigen, die behaupten, man könne das Rad nicht mehr zurückdrehen, eigentlich sagen: wir wollen es nicht mehr zurückdrehen. Aber daß es ein Zurück geben kann, dafür sind die Reaktionen auf Ihren Widerstand das beste Beispiel. Denn zwischenzeitlich ist auf breiter Front »Korrekturbedarf« eingeräumt worden: so von der Kultusministerkonferenz, vom Wissenschaftsrat und selbst von der Bundesbildungsministerin, *Annette Schavan*. Allerdings wird mit diesem Eingeständnis nicht, so wie es eigentlich angezeigt ist, sich von der Reform gänzlich verabschiedet, sondern es werden lediglich »handwerkliche Fehler« eingeräumt. Das Ziel sei richtig, man habe es nur auf unbedachtem Wege zu erreichen versucht. Deswegen sei auch bloß eine Reform der Reform vonnöten. Da kann ich nur sagen: Nein! Und wenn ich dies sage, dann stehe ich, der es für seine verdammte Pflicht als Hochschullehrer hält, sich öffentlich gegen die staatlich betriebene Entgeistung der Universität zu wenden, hier nicht völlig allein auf weiter Flur. Lassen Sie mich dies bitte mit einigen Stellungnahmen belegen.

So äußert sich zum Beispiel der Deutsche Hochschulverband, in dem immerhin rund 23.000 Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter organisiert sind, zu der unsäglichen Reform wie folgt: »Die neuen Studiengänge führen nicht zu mehr, sondern zu weniger Mobilität. Ein Wechsel zwischen Universitäten im In- und Ausland gestaltet sich insbesondere im modularisierten Bachelor-Studium schwierig. Die neuen im Rahmen der Profilbildung entstandenen Studiengänge sind häufig so spezialisiert und auf Einmaligkeit konzipiert, dass bereits ein innerdeutscher Studienortwechsel während des Bachelor-Studiums nahezu unmöglich ist. Noch schwieriger wird es für den internationalen Austausch. Damit wird das wichtigste Reformziel, einen europäischen Hochschulraum zu schaffen, konterkariert.« Und er fährt fort: »Die straffere Organisation des Bachelor-Studiums trägt nicht dazu bei, die Zahl der Studienabbrecher zu verringern. Im Gegenteil: An den Universitäten liegen die Gesamtabbrecherzahlen derzeit bei 20 Prozent, an den Fachhochschulen bei 22 Prozent. Aus dem aktuellen Bildungsbericht von Bund und Ländern geht hervor, dass an einer Universität 25 Prozent der Bachelor-Studierenden ihr Studium aufgeben, an der Fach-

hochschule sind es sogar 39 Prozent der Bachelor-Studierenden. Vor allem in den naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern sind die Abbrecherquoten hoch. Jeder zweite bis dritte führt in diesen Fächern sein Studium nicht zu Ende.«

Hinweisen will ich ferner auf einen Offenen Brief, in dem die Mitglieder des Instituts für Geschichte der TU Dresden mit folgenden Worten kritisch zum ›Bologna-Prozeß‹ Stellung nehmen: »Die Internationalisierung des Studiums durch die Homogenisierung des europäischen Hochschulraums ist eine planwirtschaftliche Chimäre. Faktisch folgt das sechssemestrige modularisierte Bachelor-Studium den Gesetzen des Taylorismus und verfolgt das Ziel, das Studium in zahlreiche kleine, mit credits honorierte Arbeitsschritte zu zerlegen. Daraus resultiert – und das hat unter dem Gesichtspunkt der Effizienz nur vordergründigen Charme – die Einpassung der Studierenden in ein straffes Zeitregime mit standardisierten Abläufen, die freilich keineswegs europa- oder deutschlandweit einheitlich sind. Der unkomplizierte Wechsel von einem Studienort zum nächsten, an dem man dann nur den Nachfolgeordner zu dem andernorts absolvierten vorangegangenen Semester aus dem Regal zu ziehen braucht, ist deshalb Illusion. Vor allem aber erlaubt das straffe Zeitregime in Verbindung mit einem nur sechssemestrigen Studium kaum Seitenblicke, geschweige denn Planungs- und Unterbrechungszeiten für ein Auslandsstudium. Die Folgen sind ganz eindeutig: Flexibilisierung und Internationalisierung als eine Kernforderung der Studienreform bleiben auf der Strecke.«

Und auch der Fachbereich Medizin der Goethe-Universität Frankfurt am Main lehnt Bachelor- und Masterabschlüsse als für die Medizin ungeeignet ab und nennt unter anderem als wesentliches Argument: »Ein dreijähriger ›Bachelor of Medicine‹ verfügt über keinerlei Berufsbefähigung. Ärztliche sowie wissenschaftliche Tätigkeiten in der Forschung wären bei einer dreijährigen Ausbildung somit inakzeptabel.«

Ähnliche Befürchtungen werden auch seitens der Wirtschaft formuliert, so etwa vom Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, *Herbert Bodner*, der nicht umhin kommt festzustellen: »Die Auswirkungen der Bologna-Hochschulreformen auf die Qualifikation des Bauingenieurnachwuchses betrachten wir mit Sorge. Wenn wir nicht augenblicklich gegensteuern, werden viele Studenten die Hochschulen ohne ausreichende Berufsbefähigung verlassen.«

Und da wir bekanntlich in der Bundesrepublik Deutschland dazu neigen, von unserem Bruder jenseits des ›großen Teiches‹ alles kritiklos zu übernehmen, möchte ich Ihnen zuguter Letzt auch nicht die Stellungnahme des Vizepräsidenten des US-amerikanischen Institute of Electrical and Electronics Engineers, *James M. Tien*, vorenthalten, der es für angeraten hält, die Ingenieurstudenten in einem Zuge bis zum Niveau des Masters auszubilden, was von ihm mit den folgenden Worten unterstrichen wird: »Wir in den USA müssen das zweistufige Hochschulsystem in ein professionelles Programm umbauen, das wie das deutsche Diplomstudium organisiert ist!«

Will man die Kritik jener zusammenfassen, die nicht zum Kreis der »ewig Gestrigen«

gehören, wie die Bundesbildungsministerin *Schavan* glaubte, die eingefleischten Bologna-Kritiker bespötteln zu können, so kann man mit *Julian Nida-Rümelin*, seines Zeichens Hochschullehrer und ehemaliger Kulturstaatsminister unter dem »Basta«-Kanzler Gerhard Schröder sagen: »Bisher ist nicht eines der Ziele erreicht worden.«

- So ist die Mobilität der Studierenden nicht wie erwartet gestiegen, sondern gesunken.
- Auch ist die Studienabbrecherquote nicht geringer, sondern größer geworden.
- Und die Studiengänge wurden nicht flexibler, sondern starrer.
- Zudem findet bei den BA-Studiengängen ein downgrading statt, so daß Abstriche an der Qualität des Studiums an der Tagesordnung sind.
- Oder aber es werden die Inhalte des umfangreicheren Diplomstudienganges in den BA-Studiengang gepreßt, mit der Folge, daß Sie, liebe Studierende, an die Grenzen des Leistbaren stoßen und ein Leben wie im Laufrad eines Hamsterkäfigs zu führen gezwungen sind. Daß der dadurch erzeugte Druck nicht ohne Auswirkungen bleiben kann, ist den psycho-sozialen Beratungsstellen an den Hochschulen bestens bekannt, so auch der der Fachhochschule Koblenz.
- Bildung ist für die Hochschulen, wie es scheint, zum Fremdwort geworden. Worauf diese heute vorrangig abstellen, ist eine fachidiotisierende Ausbildung im Hinblick auf Verwertbarkeit der Arbeitskraft, auf employability, wie es heute neudeutsch heißt. Selbständiges Denken, Argumentieren und Urteilen wird zunehmend ersetzt durch das Pauken eines vorgegebenen Lernstoffes, ganz so, wie es von *Paulo Freire* mit dem »Bankierskonzept« der Erziehung kritisch auf den Punkt gebracht wird und was von Ihnen zutreffend als »Bulimiestudium« bezeichnet wird: den Ihnen vorgesetzten Lernstoff rasch in sich reinfressen und auf Abruf unverdaut wieder auskotzen.
- Folglich zielt das Studium nicht mehr auf die Herstellung eines mündigen Bürgers, sondern darauf, Sie zu unselbständigen Kopf- und Handlangern zuzurichten.
- Und schließlich wird mit der BA/MA-Differenzierung bewußt eine Verschärfung sozialer Ungleichheit in Kauf genommen, weil vorgesehen ist, nur noch 20 bis 30% der BA-Absolventen zu einem MA-Studium zuzulassen.

Viele von Ihnen werden sich angesichts dieses hochschulpolitischen Desasters fragen: Warum wird dennoch an diesem Reformvorhaben festgehalten? Hier ist es angezeigt, die soziologische Perspektive des *Cui bono* einzunehmen, also danach zu fragen, wem der ›Bologna-Prozeß‹ nützt beziehungsweise in wessen Interesse er ist. Die Antwort hierauf kann ich hier nur andeuten, aber man findet sie bereits in der Bologna-Erklärung selbst, in der als Ziel die Schaffung eines »europäischen Hochschulraumes« festgehalten ist, um damit Europa zum »wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt« zu machen. Mit anderen Worten: Auf der hochschulpolitischen Agenda steht nicht mehr Bildung als »Entfaltung menschlicher Anlagen«, um mit *Max Horkheimer* zu sprechen, sondern deren Reduktion auf wirtschaftliche Verwertbarkeit. Folgerichtig wird Bildung denn auch zunehmend als Dienstleistung begriffen, gerät Bildung

zur Ware.

Wenn aber Bildung sich von der Idee verabschiedet, ein staatlich geschütztes und zu schützendes Allgemeingut zu sein, und zur Ware verkommt, dann muß auch die Erbringung dieser Dienstleistung anders organisiert werden. Was also liegt näher, als dann die Hochschule als ein Wirtschaftsunternehmen zu begreifen und auch so zu führen. Und da bekanntlich Unternehmen nicht demokratisch, sondern autokratisch mit entsprechend ausgeprägter Hierarchie geführt werden, unterliegen die Hochschulen einem teils offenen, teils schleichendem Prozeß der Entdemokratisierung, der sich unter anderem in folgendem zeigt:

- in der Entmachtung der akademischen Selbstverwaltung, das heißt der Fachbereichsräte, die de facto nur noch Gremien mit Beratungs- nicht aber mit Entscheidungsfunktion sein werden;
- in der Stärkung der Exekutive, das heißt der Hochschulpräsidenten beziehungsweise -rektoren und der Dekane, was den Frankfurter Kollegen *Heinz Steinert* veranlaßt hat, von der Etablierung einer Management genannten »Präsidial-Diktatur« zu reden;
- in der Umstrukturierung des Hochschulrates zu einem Konsortium von hochschul-externen Experten, das wie ein Vorstand Aufsicht über die Hochschule führt und das zunehmend mit Kompetenzen ausgestattet wird, die vormals beim Senat und den Fachbereichsräten angesiedelt waren und denen man diese entzog;
- in der Etablierung von Akkreditierungsagenturen, das heißt von privaten Einrichtungen für die Erteilung und Verlängerung der Konzession zur Einrichtung von neuen Studiengängen, und dies obwohl der rechtliche Status der Akkreditierungsagenturen zwischenzeitlich verfassungsrechtlich als höchst bedenklich angesehen wird.

All dies läuft darauf hinaus, das grundgesetzlich geschützte Recht auf Freiheit von Forschung und Lehre von Art. 5 III GG zu unterlaufen und auszuhöhlen. Es ist deswegen dringend an der Zeit, gegen das sogenannte »Unternehmen Hochschule« etwas zu unternehmen. Sie, liebe Studierende, haben mit dem Bildungsstreik einen wichtigen Schritt getan. Lassen Sie uns daher gemeinsam überlegen, was wir in Zukunft weiter tun können, damit das »Studium Bolognese« möglichst bald der Vergangenheit angehört.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

[Autorennotiz: Prof. Dr.rer.pol. Michael Wolf, Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer für Sozialpolitik und Sozialplanung am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Koblenz; *Kontakt*: wolf@fh-koblenz.de]

